

**«Im Zweiten Weltkrieg
war die Schweizer
Bevölkerung gegenüber
Flüchtlingen
hilfsbereiter als die
Regierung»**

**Der Historiker Jakob Tanner
hat eine grosse Geschichte
der Schweiz im 20. Jahrhundert
geschrieben. Ein Gespräch
über seine wichtigsten
Erkenntnisse.**

Von Daniel Binswanger

Wie ein Rentner wirkt er nicht. Jakob Tanner, einer der bekanntesten Schweizer Historiker, wurde zwar in diesem Sommer emeritiert, seine Arbeitsenergie hat jedoch nicht abgenommen. Tanners neues Buch ist dickleibig, ausführlich – und spannend. Es liefert eine Gesamtschau der jüngeren Schweizer Geschichte, ist dabei aber auch detailversessen genug, um immer wieder überraschende Einblicke in spezifische Themen zu eröffnen. Die Geschichte der Landwirtschaftspolitik? Die Geschichte der Wahlkampfpropaganda? Der Kopp-Skandal? Die Punkkultur der Achtziger-Bewegung? Alle diese Themen werden mit originellen Analysen abgehandelt.

Tanner ist nicht nur der in der akademischen Welt bekannteste Schweizer Historiker – in der Schweizer Öffentlichkeit ist er auch einer der umstrittensten. Das dürfte darauf zurückzuführen sein, dass er ein prominentes Mitglied der Bergier-Kommission war, dass er sich immer wieder engagiert in öffentliche Debatten eingeschaltet hat und dem linken politischen Spektrum zuzuordnen ist. Doch auch seine politischen Gegner täten gut daran, die Polemik hinter sich zu lassen und sich mit dem Werk des Historikers auseinanderzusetzen. Mancher hört vielleicht nicht gern, was er zu sagen hat – aber Jakob Tanner bleibt einer der ausgewiesenen Spezialisten seines Fachs.

Das Magazin – Herr Tanner, nächste Woche kommt Ihre voluminöse «Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert» in die Buchhandlungen. Ist Ihr neues Buch eine weitere Wortmeldung im Schweizer Historikerstreit?

Jakob Tanner – Das ist kein Historikerstreit, sondern eine politische Auseinandersetzung. Die Geschichte ist zwar keine exakte Wissenschaft, aber doch ein Handwerk, das klaren Regeln folgt. Es gibt keine ernst zu nehmenden Fachhistoriker, die behaupten, es habe 1291 einen Rütli Schwur gegeben oder es führe eine Linie von der Schlacht bei Marignano zur Neutralität der modernen Schweiz. Natürlich wird in der Geschichtswissenschaft über die Deutung bestimmter Ereignisse oder Epochen gestritten. Zum Beispiel über die Französische Revolution oder die Beurteilung des Kalten Krieges. Im Schweizer Jubiläumsjahr 2015 ging es aber nicht um solche einander widersprechenden Interpretationsansätze, sondern um einen ideologischen, situationsbedingt auch wahlpolitischen Konflikt, in dem Parteistrategen und Werbebüros den Ton angaben.

Trotzdem leisten Sie jetzt Ihren Beitrag zur Auseinandersetzung im Jubiläumsjahr.

Dass mein Buch jetzt erscheint, ist Zufall. Ich habe den grössten Teil 2011 geschrieben, während eines Forschungsaufenthalts im Ausland. Zurück in Zürich, war ich wieder sehr stark in den akademischen Lehr- und Forschungsbetrieb eingespannt, sodass die Fertigstellung weit länger dauerte als geplant.

Sie schreiben eine Nationalgeschichte, erklären aber schon im Vorwort, dass Sie einen «transnationalen Ansatz» pflegen.

Das Buch ist Teil einer Reihe «Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts». Das ist wichtig für mich. Wir können heute keine nationale «Containergeschichte» mehr schreiben. Der klassische Nationalhistoriker konzentriert sich einseitig auf die Alleinstellungsmerkmale seines Landes. Die Grundbotschaft lautet: Wir sind nicht so wie die anderen. Dadurch ent-

steht ein seltsamer generalisierter Exzeptionalismus: Alle Länder werden zu Sonderfällen ihrer selbst. Doch der historische Experte eines einzigen Landes ist ein Auslaufmodell. Zukunft hat hingegen das diagonale Fragen, das Landesgrenzen überschreitet, eine transnationale Verflechtungsgeschichte anstrebt und neue, international diskutierte Forschungsansätze aufgreift.

Was heisst das konkret?

Ein spannendes Untersuchungsfeld sind die Selbst- und Fremdbilder eines Landes. Nehmen wir die Vorstellung der «Willensnation»: Die Schweiz verstand sich seit den 1870er-Jahren als solche und sah darin einen fundamentalen Zug ihres Wesens. Ein transnationaler Blick kann ohne Weiteres zeigen, dass sich das mit der Nationalstaats- und Imperienbildung immer kleiner werdende Land damals neu definieren musste. Die Rede von der Willensnation liess vergessen, wie sehr die Schweiz ein Produkt äusserer Umstände war und wie stark ihre Staatswerdung durch Globalisierungsprozesse und die europäische Mächtekonstellation geprägt wurde.

Ob sie selbst gewählt oder von aussen verordnet war, wird vor allem mit Bezug auf die Schweizer Neutralität immer wieder diskutiert.

Es waren die europäischen Grossstaaten, welche 1815 auf dem Wiener Kongress und im zweiten Pariser Frieden die schweizerische Neutralität wollten und garantierten. Die Kantone waren damals so zerstritten, dass man nur mit Glück einen Bürgerkrieg vermeiden konnte. Die Bundesstaatsgründung von 1848 markierte dann einen epochalen Wendepunkt. Interessanterweise wurde die Neutralität nicht in der Verfassung festgeschrieben. Auch nicht mit der Totalrevision von 1874. Die Staatsgründer sagten, sie sei Mittel zum Zweck der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des Landes. Man wollte sich Handlungsoptionen offenhalten. Noch in den 1880er-Jahren wettete der nachmalige Bundesrat Emil Frey sehr heftig gegen die Neutralität. Sie sei eine Chiffre für die Knechtung des Landes und gehöre deshalb aus dem politischen Vokabular eines freien Landes gestrichen. Allerdings kam es gerade zu jener Zeit zur Neuentdeckung des Neutralitätsgedankens. Eine beschleunigte Globalisierung löste einen Schub des politischen Nationalismus aus. Die Zollpolitik und der Kolonialwettstreit wurden wichtig. Auch in der Schweiz diskutierte das Parlament, ob man Kolonien gründen solle. Die regierenden Freisinnigen hatten jedoch erkannt, dass es ein Vorteil sein konnte, als Staat klein zu sein und gleichzeitig als Volkswirtschaft beträchtlich gross. Man wählte deshalb eine Trittbrettfahrerstrategie und sicherte sie ideologisch mit der Neutralität ab. Man konnte sich fortan auf das Hardpower-Arsenal der grossen Mächte verlassen und in den unterschiedlichsten Nischen der Weltwirtschaft ungestört seine Geschäfte machen.

Für die Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert wird die Neutralität dann allerdings noch einmal viel relevanter.

Im Ersten Weltkrieg kam der Neutralitätsmaxime verstärkt die Funktion zu, innenpolitische Spannungen, insbesondere zwischen der Deutsch- und der Westschweiz, zu neutralisieren. Aussen- und Innenpolitik verklammerten sich. Nun kamen



Seit Kurzem emeritiert: Jakob Tanner, 65, Professor für Allgemeine und Schweizer Geschichte der neueren und neuesten Zeit an der Universität Zürich.

drei Prozesse in Gang: Die Schweiz begann sich als Insel und als Igel zu begreifen. Diese isolationistischen Bilder wurden über massenmediale Formen, Postkarten und Poster, breitenwirksam propagiert. Zweitens nahm die Bedeutung der Schweiz als internationaler Bankenplatz sprunghaft zu. Das neutrale Land wurde – wie der spätere Bundesrat Hermann Obrecht 1917 erklärte – der Lieblingsaufenthaltort der Kapitalisten. Drittens erhielten die Schweizer Unternehmen, die vorher sehr durchlässig und eng mit Deutschland und Frankreich verknüpft waren, eine Art nationale Schutzhülle. Man begann, gegen eine «wirtschaftliche Überfremdung» anzukämpfen und von einer «Unternehmensfestung Schweiz» zu sprechen. Die Aktiengesellschaften schützten sich in der Zwischenkriegszeit mit Stimmrechtsaktien und Vinkulierungen gegen feindliche Übernahmen. Das alles verstärkte sich im Zweiten Weltkrieg noch einmal und führte schliesslich zum «Sonderfall».

Sie vertreten die These, dass es den «Sonderfall» erst seit der Nachkriegszeit gibt?

Ja, es ist erstaunlich, wie sich dieses Sonderfall-Denken nach 1945 durchzusetzen beginnt. Die Überzeugung, eine Ausnahmestellung zu haben, gab es natürlich lange vorher. Aber nach dem Ersten Weltkrieg trat die Schweiz noch dem Völkerbund bei, sie sah sich explizit als Teil eines politischen Weltzusammenhangs. In der Botschaft zum Völkerbundbeitritt argumentierte der Bundesrat, dass die Neutralität, die sich während der Kriegsjahre bewährt habe, zwar im Widerspruch stehe zu

einem Konzept der kollektiven Sicherheit, dass die Schweiz sich aber in den grundsätzlichen Völkerbundzielen wie Frieden und Sicherheit wiederfinde und sich deshalb Mitgliedschaft und Neutralität bestens ergänzen. 1945 präsentierte sich die Lage völlig anders. Zum einen zogen die Alliierten, insbesondere die USA, die Schweiz zur Rechenschaft wegen der Zusammenarbeit mit den Achsenmächten. Zum anderen musste sich der neutrale Kleinstaat im aufkommenden Kalten Krieg mindestens informell ins westliche Verteidigungsbündnis integrieren; die Schweiz wurde – mit einem dreifachen Neutralitätsvorbehalt – 1948 Mitglied der OECD und musste 1951 an der Wirtschaftskriegsführung der Nato gegen den Ostblock (CoCom) teilnehmen. In dieser Drucksituation hatten sich die Schweizer Unterhändler eine Reihe von Argumenten zu rechtgelegt, die dem Ausland zeigen sollten, wie essenziell die Neutralität für das Land sei. Diese argumentative Zurechtlegung wirkte aber vor allem nach innen. Sie überzeugte schliesslich die Diplomatie und die Behörden selber. So zum Sonderfall geworden, trat die Schweiz schliesslich nicht einmal mehr der UNO bei – was der Bundesrat 1945 noch vorhatte.

Was zeichnete dieses Sonderfall-Selbstverständnis aus?

Die «Geistige Landesverteidigung» wurde in die Nachkriegszeit hinein verlängert. Die Neutralität wurde zum Dogma. Man wertete insbesondere eine Marignano-Mythologie auf, was Mitte der Sechzigerjahre zur Gründung der Pro-Marignano-Stiftung durch rechtsbürgerliche Kreise führte. Etwas Ähnliches war ja bereits 1891 geschehen, als ganz plötzlich aus politischen Gründen der 1. August 1291 zum nationalen Gründungsdatum und Grossereignis stilisiert wurde. Damit ging eine völlige Geschichtsvergessenheit einher. Die politische Instrumentalisierung des Mythos lebte nicht von der Geschichte, sie setzte vielmehr auf Verdrängung. Mythen funktionieren so. Kaum sind sie in den Köpfen, scheinen sie ewig gewährt zu haben und schaffen den Sprung über Jahrhunderte. Daher glaubte man nach dem Zweiten Weltkrieg auch rasch daran, die Schweiz sei immer der Sonderfall gewesen, als der sie sich gerade erfunden hatte.

Was geschieht mit diesem Diskurs, der für Sie aus den Zwängen des Kalten Krieges herzuleiten ist, nach Ende jener Ära?

Im Umbruch von den Achtziger- zu den Neunzigerjahren kommt die Schweiz ins Trudeln, weil die Regierung aus guten Gründen zur Ansicht gelangt war, mit der Sonderfall-Mythologie sei das Land schlecht gewappnet fürs 21. Jahrhundert. Nach der Kanterniederlage der UNO-Vorlage 1986 – drei Viertel hatten dagegen gestimmt – versuchte man, die Schweiz international besser zu positionieren. Die Verfassungsrevision wurde neu aufgegleist, im Frühjahr 1992 trat die Schweiz den Institutionen von Bretton Woods bei, der Bundesrat deponierte ein Beitrittsgesuch bei der Europäischen Gemeinschaft und bereitete die Mitgliedschaft beim Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vor. Man war überzeugt, der Beitritt müsse jedem vernünftig rechnenden Schweizer einleuchten. Doch da kam Ende 1992 der Sonderfall-Diskurs wie ein historischer Bumerang zurück und setzte die Regierung schachmatt. Die EU-Gegner profitierten von der jahrzehntelangen Akkumulation kulturellen Sonderfall-Kapitals, und zwar genau in dem

Moment, als die Regierung den schweizerischen «Alleingang» wie eine heisse Kartoffel fallen lassen wollte.

Auch die Parteienlandschaft wurde Anfang der Neunzigerjahre umgepflügt.

Das zeigt sich insbesondere am Bedeutungsverlust der FDP, die im Kopp-Skandal 1988/89 eine sehr schlechte Figur machte. Doch reicht die Krise der FDP weiter zurück, bis zum Ende der Siebzigerjahre. Damals adoptierte die Partei das Motto «Mehr Freiheit, weniger Staat» und nahm so eine Position ein, die stark an den Slogan der Achtziger-Jugendbewegung «Macht aus dem Staat Gurkensalat» erinnert. Der klassische politische Gestaltungsfreisinn, der das 19. Jahrhundert dominierte und auch für das «kurze» 20. Jahrhundert prägend war – er lancierte die Sozialversicherungen mit, er war in die Kartellwirtschaft integriert und konzipierte die Aussenhandelspolitik –, hatte von da an immer weniger zu sagen. Man darf daher den Bruch von 1989 nicht überbewerten: Vieles kündigt sich schon früher an. Ab den Neunzigerjahren setzte der Freisinn den Sinkflug fort, weil er sich einseitig einer nationalen Standortlogik verschrieb und keine weiterführenden

anderen regelt eine Gruppe von Privatpersonen und -unternehmen die wirtschaftlichen Aussenbeziehungen so weit möglich selber über Privatverträge; der Staat soll diese Interessenpolitik mit Freihandelsabkommen unterstützen, jedoch keine unnötigen Verbindlichkeiten eingehen. Beide Seiten argumentieren, ihr Modell sichere die nationale Souveränität am besten – wobei auffällt, dass seit den Neunzigerjahren die EU-Kritiker die EU-Anhänger zu übertönen begannen.

Sie zeichnen in Ihrem Buch die Geschichte der Schweizer Linken nach, der SPS und der Gewerkschaften. Sie kommen zum Befund einer Besonderheit: Die Linke ist in der Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sehr schwach.

Ein Paradox. Die Schweiz hat das polarisierteste Parteiensystem Europas, und die Linke steht programmatisch im europäischen Vergleich sehr links. Zugleich zeigen aber alle Studien zur Gewerkschaftsopposition, dass diese Organisationen hierzulande weniger Macht haben als sonstwo. Die Schweiz verbindet eine starke Sozialpartnerschaft mit einer schwachen Position der Linken im politischen System, das viele korporativistische Elemente aufweist. Das manifestierte sich deutlich

«Im Big Picture komme ich zum Schluss, dass Guisan im entscheidenden Moment der höchsten Bedrohung mit der Reduit-Strategie und der Ausschaltung seiner deutschfreundlichen Gegner um Ulrich Wille junior das Klügste gemacht hat.»

reformerischen Ideen mehr generieren konnte. In der Europafrage liess er sich, wie die anderen bürgerlichen Parteien auch, vollkommen desorientieren.

Gewöhnlich bringt man das antietatistische Erbe der Achtzigerbewegung eher mit der SVP in Verbindung als mit der FDP.

Das stimmt. Aber die SVP verband es auf neue Weise mit nationalistischer Sinnstiftung und modernen Methoden einer permanenten Kampagnenpolitik. Der Erfolg der SVP basiert auf einer spannenden Verbindung von Internationalisierung der Wirtschaft und politischem Nationalismus. Personifiziert wird das ja durch Christoph Blocher, der durch die erfolgreiche Internationalisierung seines Konzerns und der grossen schweizerischen Firmenflaggschiffe sehr vermögend wurde und dann quasi im Alleingang eine Partei finanzieren konnte, die den neuen Nationalismus bewirtschaftete. Es ist wenig hilfreich, die SVP als Partei der Abschottung zu charakterisieren. In meinem Buch zeige ich, dass in der Schweizer Politik immerzu unterschiedliche Kombinationen von Abgrenzung und Öffnung konkurrierten. Es gibt, vereinfacht gesagt, zwei Modelle: Im einen organisiert der Staat die Aussenpolitik. Er geht mit robusten Ansprechpartnern, insbesondere mit der EU, langfristige und institutionalisierte Beziehungen ein. Im

beim Generalstreik vom November 1918. Anders als in vielen Ländern, in denen angesichts der Krisensituation des Ersten Weltkrieges die Gewerkschaften in die Regierung geholt wurden – etwa in England oder Schweden –, blieb die Schweizer Linke aussen vor. Sie musste sich quasi von der Strasse her in die politischen Institutionen zurückmelden, was angesichts der militärischen Machtdemonstration riskant war. Die Sozialdemokratie sah allerdings nach Kriegsende, dass der erwartete Linksrutsch bei den Nationalratswahlen ausblieb. Das hat ihre Reformaspirationen gedämpft.

Anfang der Zwanzigerjahre ist die Polarisierung extrem. Doch schon bald verliert der Klassenkampf stark an Intensität.

Mitte der Zwanzigerjahre zeichnet sich so etwas wie ein gesellschaftlicher Normalisierungskonsens ab. 1925 trat das erste schweizerische Betäubungsmittelgesetz in Kraft, das von rechts bis links unterstützt worden war, weil der Kampf gegen Drogen der Arbeiterbewegung ebenso einleuchtete wie den Katholisch-Konservativen oder den freisinnigen Bürgerlichen. Auch im Frauenbild zeichnete sich eine gesellschaftsübergreifende Konvergenz ab. Es entstand ein kulturelles Leitbild, das stark auf dem kleinfamiliären Konsum beruhte. Nicht umsonst wurde 1925 die Migros gegründet. Die Ausrichtung

auf Konsum und Produktivität schafft eine Basis für eine Stabilitätskultur, für politische Integrationsprozesse und die Konkordanz-Demokratie. Sie brachte die Linke auch dazu, früh auf die bürgerliche Finanzplatzstrategie einzuschwenken.

Sie heben jedoch in Ihrem Buch die Stärke der antikommunistischen Bürgerwehren hervor, die sich in den Zwanzigerjahren ausbreiten, teils sehr gut bewaffnet sind und sich im «Schweizerischen Vaterländischen Verband» zusammenschliessen.

Das war von Kanton zu Kanton verschieden, teils wurden diese Bürgerwehren mithilfe der Armee mit Maschinengewehren bestückt, teils standen sie in Konkurrenz zum Militär. Nach dem Höhepunkt der klassenkämpferischen Konfrontation gleich nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Bürgerwehren mit der Zeit zu einer Art Betriebsschutz, der eingreifen sollte, falls die Ordnungspolitik von Staat und Militär versagte. Vorbildwirkung hatte hier das faschistische Italien. Das Gefühl der Bedrohung durch eine militante Linke war stark im Schweizer Bürgertum und der Militarisierungsgrad sehr hoch – obwohl, wie gesagt, die Linke relativ schwach war. Das zeigt sich noch 1932 im Massaker in Genf.

Wie positionieren sich die Sozialdemokraten nach dem Zweiten Weltkrieg?

Die Sozialdemokratie transformierte sich seit den 1930er-Jahren in eine Volkspartei. Mit dem Parteiprogramm von 1959 und der «Zauberformel», die ihr zwei Sitze im Bundesrat zusicherte, war sie im Bundesstaat angekommen. Wahlkämpfe wurden nun geführt mit Parolen wie «Der einst erniedrigte Arbeiter ist zum selbstbewussten Bürger unseres Landes geworden». Auf den Wahlplakaten sah man nicht mehr einen geschundenen Proletarier, sondern eine glückliche Familie, die teilhat am Wohlstand. Amerikanische Beratungsbüros empfahlen der Sozialdemokratie, sich als die Partei zu profilieren, die als einzige den rasanten gesellschaftlichen Fortschritt steuern kann, weil sie die Interessen aller wahrnimmt. Generell lässt sich feststellen, dass die Schweiz immer wieder die Rolle eines sozialen Versuchslabors, eines Experimentierfeldes für politischen Wandel, eingenommen hat. So auch hier.

Sie waren Mitglied der Bergier-Kommission, die vom Bundesrat den Auftrag hatte, die Wirtschaftsbeziehungen und die Flüchtlingspolitik der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs zu untersuchen. Man hat der Kommission vorgeworfen, dass sie auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit fokussiere, aber das Big Picture vernachlässige, nicht über die Schweizer Verteidigungsbemühungen spreche und deshalb auch gar nicht die alles entscheidende Frage beantworten könne, nämlich warum Hitler die Schweiz nicht angegriffen hat: wegen der wirtschaftlichen Kooperation oder wegen Guisans Armee. Jetzt behandeln Sie das Big Picture – und Guisan kommt gar nicht schlecht weg.

Ich argumentiere differenziert: Guisan bleibt eine zwiespältige Figur, die sich weder als Nationalheiliger noch als Buhmann eignet. Er hat im Sommer 1940 einiges richtig gemacht. Das habe ich schon 1986 in meiner Dissertation festgestellt. Mir ist es wichtig, die Reduit-Strategie auch wirtschaftspolitisch zu beurteilen. Nach dem Zusammenbruch Frankreichs ermöglichte es das Einschwenken auf eine Reduit-Strategie, im Zeitfenster der grössten militärischen Bedrohung zwei Drittel der Soldaten nach Hause zu schicken, um die Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen. Im August kam ein Handelsvertrag mit Deutschland zustande. Zum selben Zeitpunkt versuchte Guisan, eine Sondermission zu Hitler zu schicken, was der Bundesrat dann allerdings abgelehnt hat.

Das erscheint auf den ersten Blick fahrlässig. Ja, der Vorschlag der Sondermission war fahrlässig. Auch die massive Teilmobilisierung der Armee lässt sich so einstufen. Doch das Umschwenken auf eine Reduit-Strategie hat zur inneren Stabilität der Schweiz beigetragen. Unter anderem holte Guisan dadurch die Linke ins Boot, mit der er sich schliesslich gut arrangierte. Im Kernpunkt – also der Frage, ob es letztlich die Verteidigungsbereitschaft oder die Kooperation war, die Hitler davon abhielt, die Schweiz zu überrennen – bleibe ich agnostisch. Wir werden es nie wissen. Man kann den «deutschen Führer» eben nicht als rational handelnde politische Figur betrachten, so wie etwa Churchill. Wenn die Wehrmacht die Schweiz angegriffen hätte, wäre sie wohl sehr rasch erobert gewesen. Allerdings war Nazideutschland ein polykratisches Regime, keine straff organisierte Einheitsdiktatur. Da spielte es natürlich eine Rolle, was Reichsbank und Rüstungsbeschaffer sagten. Aus deren Sicht war es gut und wichtig, dass es eine unabhängige Schweiz gab, die im grossen Stil deutsches Raubgold gegen international konvertible Franken aufkaufte. Aber wie gesagt: Die Nazis haben immer wieder Entscheidungen getroffen, die völlig widersinnig waren.

Sie sagen also, wir wissen zwar nicht, ob es wirklich entscheidend war, aber Guisan hat das Beste aus den Schweizer Verteidigungsmöglichkeiten gemacht? Manche seiner Aktionen werden retrospektiv massiv überschätzt. Beispielsweise löste der Rütli-Report, der heute zum Wendepunkt stilisiert wird, unter den Zeitgenossen wenig Resonanz aus. Es war nicht das symbolische Grossereignis, das der Schweiz die Zuversicht zurückgab. Wochen später gab es Umfragen, die zeigten, dass die meisten Soldaten nicht einmal daran glaubten, dass im Fall eines deutschen Angriffs der Abwehrbefehl erteilt würde. Dasselbe sagten auch deutsche Generalstabsstudien. Es herrschte eine diffuse, opake Stimmung. Ab 1941 verlagerte sich der Brandherd des Krieges dann von der Schweizer Grenze weg. Guisans Rechnung war aufgegangen. Der General beging allerdings, was die Geheimdienste anbelangte, 1943 erneut krasse Fehler. Aber Sie haben recht: Im Big Picture komme ich zum Schluss, dass Guisan im entscheidenden Moment der höchsten Bedrohung, als die Schweiz, in der Formulierung des Historikers Herbert Lüthy, wie ein weiches Ei in einer gepanzerten Faust lag, mit der Reduit-Strategie und der Ausschaltung seiner deutschfreundlichen Gegner um Ulrich Wille junior das Klügste gemacht hat.

Sie kommen auch auf die Schweizer Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg zu sprechen, die bereits von der Bergier-Kommission untersucht wurde. Die restriktive Flüchtlingspolitik wird heute als verwerflichster Aspekt der Schweizer Weltkriegsstrategie betrachtet. Sie insistieren allerdings auf einem positiven Punkt: Die Hilfsbereitschaft in der Schweizer Bevölkerung war gross, grösser als jene der Regierung. →

Schauspielhaus Zürich Ein Volksfeind

Regie Stefan Pucher
ab 10. September

von Henrik Ibsen
in einer Bearbeitung
von Dietmar Dath



Ihre Spende macht Marlènes Leben leichter.



cerebral
Helfen verbindet

Schweizerische Stiftung für das cerebral gelähmte Kind
www.cerebral.ch

Spendenkonto: 80-48-4



In einer direkten Demokratie kann man zwar nicht einfach ein gutes Volk einer schlechten Regierung gegenüberstellen. Doch damals herrschte, wie schon nach 1914, ein Vollmachtenregime. Die Verfassung wurde durch Notrecht verdrängt, und der Bundesrat konnte jederzeit harte, inhumane Massnahmen anordnen. Die Bevölkerung war aber tatsächlich hilfsbereiter, als sich das im Regierungshandeln äusserte. Das erklärt sich daraus, dass in Fragen wie der Flüchtlingspolitik immer grosse Ambivalenz herrscht und die Leute hin und her gerissen werden. Es ist das eine, wenn die Fremdenpolizei aus Staatsräson festlegt, dass jüdische Familien an der Grenze abgewiesen werden. Es ist etwas anderes, wenn eine solche Familie tatsächlich einem Beamten gegenübersteht und er persönlich die Menschenverachtung aufbringen muss, sie dem Tod auszuliefern. Weil eine ambivalente Stimmungslage immer auf die eine oder die andere Seite kippen kann, ist wichtig, welche Signale die Behörden in einer Notlage aussenden.

Die Schweizer Regierung hat die falschen Signale ausgesandt?

Ja, die Flüchtlingspolitik hatte katastrophale Auswirkungen auf die Verfolgten. Wenn die Regierung damals gesagt hätte, die Schweiz habe eine Verpflichtung zu helfen, hätten viele vor dem Tod gerettet werden können. In Schweden etwa war man in den letzten Kriegsjahren viel grosszügiger. In der Schweiz ergänzten sich ein behördlicher Antisemitismus mit einer verbreiteten Angst vor Arbeitslosigkeit. Dies führte zu einer Politik der Härte, vor allem, aber nicht nur, gegenüber verfolgten Jüdinnen und Juden. Die Behörden hielten eine weitgehende Nicht-Information aufrecht. In der medialen Berichterstattung kam es zu einer systematischen Trennung zwischen Horrormeldungen aus dem «Dritten Reich» und den Flüchtlingen, die an der Schweizer Grenze standen. Diese wurden kaum als Opfer des Nationalsozialismus wahrgenommen, sondern als Bedrohung der Schweiz. Ein weiteres menschenverachtendes Signal war die Bestrafung von Flüchtlingshelfern, etwa des Grenzbeamten Paul Grüninger, aber auch vieler Flüchtlingshelfer aus der Zivilgesellschaft, denen systematisch Profitstreben und niedere Motive unterstellt wurden. Aber es gab eben trotzdem Leute, die sich nicht davon abhalten liessen zu machen, was sie für richtig hielten.

Ein weiteres Thema, das in Ihrem Buch ausführlich abgehandelt wird und das politische Aktualität hat, ist die Internationalisierung des Rechts.

Das ist ein Megatrend der Moderne, der eigentlich alle Rechtsgebiete erfasst und der Anfang der Siebzigerjahre stark beschleunigt wurde. In den verschiedensten Bereichen kam es seither zu Rechtsangleichungen, Normenvereinheitlichungen und Verfahrensstandardisierungen. Wichtig war die Bekämpfung der Geldwäscherei. Hier arbeitete die Schweiz nach anfänglichem Widerstand unter Bundesrätin Elisabeth Kopp an der strafrechtlichen Erfassung finanzieller Transaktionen aus dem Drogenhandel und dem organisierten Verbrechen. In der Schweiz werden allerdings häufig recht griffige Gesetze erlassen, deren Umsetzung anschliessend an Vollzugsproblemen scheitert. Dies vor allem, weil die zuständigen Behörden personell unterdotiert sind. Das galt auch für die Bankenaufsicht (heute Finma), die noch immer gar spär-

lich mit Ressourcen ausgestattet ist. Trotz des behördlich bekundeten guten Willens bleibt so oft vieles beim Alten.

Heute steht die Harmonisierung der Menschenrechte, also die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), im Fokus, die von der SVP mit einer Initiative infrage gestellt wird.

Man muss sehen, dass die Schweiz in den Verfassungen von 1848 und 1874 einen sehr schwachen Grundrechtskatalog aufwies. Das Bundesgericht – es gibt ja kein Verfassungsgericht – musste regelmässig zu ungeschriebenen Grundrechten Zuflucht nehmen, damit die Schweiz als Rechtsstaat funktionieren konnte. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg waren wichtige Politiker der Meinung, die Verfassung müsse grundlegend revidiert werden. Doch erst 1999 konnte eine neue Verfassung in Kraft treten, die nun auch die Grundrechte explizit enthielt. Wenn Hans-Ueli Vogt, der geistige Vater der Initiative, nun behauptet, Europa müsse die Schweiz nicht Mores lehren, wir hätten die Grundrechte gleichsam mit dem Löffel gegessen, ist das historisch falsch. Auch in der Nachkriegszeit spielte die Schweiz punkto Menschenrechte kaum je eine Vorreiterrolle, meist war sie die Nachzüglerin. Das gilt auch von der Aussenpolitik: Schweden hat immer wieder versucht, den Handlungsspielraum, der aus der machtpolitischen Irrelevanz und aus der Neutralität erwächst, für einen besonders prononcierten Einsatz für Menschenrechte zu nutzen. Die Schweiz hat bei solchen Initiativen stets gebremst.

Wie beurteilen Sie die Rolle der Menschenrechtskonvention für die Rechtentwicklung innerhalb der Schweiz?

Es bleibt eine happige Tatsache, dass bis 1971 die Hälfte der Bevölkerung unseres Landes von den fundamentalsten politischen Rechten ausgeschlossen wurde. Die politische Dynamik, die endlich das Frauenstimmrecht gebracht hat, wurde durch die EMRK ausgelöst. Die Schweiz wollte die EMRK ratifizieren, nachdem sie sie in den Sechzigerjahren unterzeichnet hatte. Für das Frauenstimmrecht sollte zunächst allen Ernstes eine Ausnahmeregel ausgehandelt werden. Doch das hat die Frauen auf die Barrikaden gebracht, den «Marsch nach Bern» und die Mobilisierung verstärkt, die letztlich die Verfassungsänderung brachte. Ein anderes Beispiel für einen Missstand, der mithilfe der EMRK in der Schweiz ausgeräumt wurde, ist der fürsorgliche Freiheitsentzug, der bis 1981 zu Behördenwillkür und massiven Menschenrechtsverletzungen führte. Bundesrätin Sommaruga hat sich 2013 im Namen der Landesregierung für ungerechtfertigte Kindeswegnahmen und andere Zwangsmassnahmen durch Schweizer Behörden entschuldigt. Das waren entscheidende Fortschritte, die wir direkt der Europäisierung und Internationalisierung des Schweizer Rechtes verdanken. In meinem Buch versuche ich, solche auf verschiedenen Ebenen feststellbaren transnationalen Einflüsse in die Interpretation des 20. Jahrhunderts einzubeziehen. Dieser weite Blick bringt, so hoffe ich, neue historische Erkenntnisse, die auch gegenwartsrelevant sind. •

Jakob Tanner, *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, C.H. Beck Verlag.

Das Buch erscheint am 18. September.

DAS MAGAZIN 37/2015

DANIEL BINSWANGER ist Redaktor bei «Das Magazin»;
daniel.binswanger@dasmagazin.ch



Die Einzigartigkeit des Auges

Bei Vittorino De Luca geht nichts über Perfektion und Präzision. Der diplomierte Augenoptiker und profilierte Spezialist für den DNEye® Scanner blüht in seinem Beruf auch förmlich auf. «Mein Tag ist erst dann zu Ende, wenn der Kunde dank High-Performance-Brillengläser die beste Sehqualität erreicht hat und das Leben tagein, tagaus in Ultra-HD-Qualität geniessen kann.»

Kochoptik liegt Ihre Sehkraft am Herzen, gutes Sehen bedeutet schliesslich pure Lebensfreude. Unsere ausgewiesenen Spezialisten setzen alles daran, dass Ihre einzigartige Augenstruktur die individuellsten Brillengläser erhalten. Kommen Sie zu uns und lassen Sie sich beraten. Wir freuen uns darauf.

KOCH
OPTIK
MEINE SEHLÖSUNG

www.kchoptik.ch
Gratisnummer 0800 33 33 10